

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — **Abendliche Beilagen:** „Katholische Sonntagsblatt“ und „Allgemeines Anzeigerblatt“. — **Bezugspreis:** Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Verzögerung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bsm. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Wiederbeleg unendlich geschwiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Anzeigen, auswärts Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Dienstag, den 14. Januar 1930

32. Jahrg.

Müdenbekämpfung.

Die in Kellern, Ställen und sonstigen Räumen überwinternden Mäusen sind durch Abtöten, Zerstampfen und Desinfektionsmittel und dergl. sofort zu vernichten.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

Wegen der kritischen Lage auf der Konferenz hat Reichsaussenminister Curtius auf die Reise nach Genf verzichtet und bleibt im Haag.

Erneut wurde von der Vereinigung der leitenden Angehörigen eine Eingabe zum Schutze älterer Angestellter bei den Gehaltsänderungen eingereicht.

Zur Bereinigung der deutschen Wollentwertung wurde eine Anlaufschleife für Meliorationszwecke vorbereitet.

Die Spaltung von Japan, Frankreich und Italien lassen die Aussichten für die Londoner Konferenz in wenig günstiger Weise erscheinen.

Moratoriumsrecht anerkannt.

Die Verhandlungen über den Zahlungsstopp.

Die Ausprache in der Sitzung der fünf Gläubigermächte mit Deutschland hat sich teilweise recht lebhaft gestaltet, führte jedoch in einem Punkte zu einer Klärung, die auf deutscher Seite als befriedigend angesehen wird. In der Frage der Festlegung des Zahlungsstermins für die monatlichen Raten der Youngplanleistungen wurde von der Gegenseite der Vorschlag gemacht, daß Deutschland jeden 15. des Monats zahlen solle, die Beträge jedoch erst am 30. den Gläubigern transferiert und in der Zwischenzeit von 15. bis 30. bei der Internationalen Bank deponiert werden sollen. Die Forderungen dieser 15 Tage sollen zur Regelung der Unkosten der B33. verwendet werden.

Reichsfinanzminister Woldenhauer erklärte, daß die deutschen Sachverständigen sich für den Zahlungsstopp zum 30. jeden Monats einigten hätten.

Die Unkosten der Bank hätten die Gläubigermächte zu zahlen. Von Finanzminister Woldenhauer, der den deutschen Standpunkt mit außerordentlicher Schärfe und Klarheit vertrat und fortgesetzt in die Ausprache eingriff, wurde hiergegen der Vorschlag gemacht, den Präsidenten der Pariser Reparationskonferenz

Dwain Young als Unparteiischer

in dieser Frage anganzuholen. Die Gegenseite lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, es sei nicht angängig, einen Außenstehenden als Schlichter anzunehmen.

Das Moratorium.

Zur Erörterung gelangte sodann die von der Gegenseite gestellte Forderung, daß Deutschland das im Youngplan vorgesehene Zahlungsmoratorium nur unter bestimmten Voraussetzungen, in einer bestimmten Lage, zum Beispiel einer wirtschaftlichen Depression usw. fordern dürfe und daß Deutschland eine dahingehende Erklärung abgegeben habe.

Dieses Ansuchen wurde von der deutschen Abordnung auf das schärfste zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß es kaum eine Anbahnung gebe, die in der Lage wäre, unparteiisch festzustellen, ob die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ein Zahlungsmoratorium erforderlich mache.

Ein derartiges Schiedsgericht würde aller Wahrscheinlichkeit lange Zeit arbeiten, wodurch der Sinn des Zahlungsmoratoriums, Deutschland sofortige Erleichterung zu verschaffen, hinfällig würde.

Auf Grund einer juristischen Erklärung wurde sodann Deutschland das Recht zugesprochen, allein und ohne jede Einschränkung, ohne jedes Kapitulieren zu entscheiden, ob es von dem Recht, ein Moratorium zu beantragen, Gebrauch machen wolle oder nicht.

Die Formulierung dieser Erklärung wird auf deutscher Seite als völlig eindeutig dargestellt. Deutschland ist somit das an sich völlig selbständige Recht zuerkannt worden, ohne jede Einschränkung selbständig über die Notwendigkeit eines Moratoriumsantrages zu entscheiden.

Der Ansicht behandelte sodann weiter den zwischen den Gläubigermächten und der B33. abzuschließenden Finanzabkommenvertrag.

Auf der Gegenseite wurde hierzu in Deutschland die Forderung gestellt, Deutschland möge dieses Abkommen (sogar unterliegen). Dieses Ergehen wurde von Deutschland abgelehnt, da dieses Abkommen Deutschland nicht angehe.

Der unzufriedene Snowden.

Paris, 13. Januar.

Verstorbene Pariser Blätter messen den Ausführungen des Schatzkanzlers Snowden eine besondere Bedeutung bei, die dieser zum Schluß der Debatte über die Termine der deutschen Zahlungen machte.

Nach dem „Recht Parisien“ hat Snowden sich nicht geäußert, der deutschen Abordnung und heraus zu sagen, daß

ke viel zu häufig Einwendungen mache und anscheinend kein anderes Ziel verfolge, als eine Senkung der deutschen Annuitäten zu erreichen, der er nicht zustimmen könne. Es wäre wünschenswert, die Arbeiten der Konferenz zu beschleunigen.

Das „Journal“ verleiht diese Ausführungen Snowden mit den Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten am letzten Dienstag über die „schwierige“ Art, in der die deutsche Abordnung die Arbeiten der Konferenz führe. Wir aber vergleichen sie mit dem mehr als hartnäckigen Verhalten desselben Snowden auf der letzten Haager Konferenz, als er sich im Interesse seines Landes so überaus unmaßgeblich zeigte und mehr als einmal denache die Tagung zum Scheitern gebracht hätte. Allerdings war das des britischen Reiches Schatzkanzler Ja. Bauer, das ist ganz was anderes!

Gegenüber in der Sanktionsfrage unüberbrückbar Die einseitig festgesetzte Forderung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands über die Sanktionsfrage, an der von deutscher Seite nur die Minister Curtius und Wirth teilnahmen, hat zu keinem Ergebnis geführt.

Eine Einigung über die grundsätzliche Frage, was nach dem Zusammenbruch des Youngplans geschehen soll, konnte nicht gefunden werden. Die Gegenseite behauptet, wie von deutscher Seite betont wird, unverändert weiter. Man erklärt, daß es sich hierbei um

die Quadratur des Kreises

handele. Die Franzosen verlangen von Deutschland eine neue Festlegung der Sanktionsbestimmungen des Versailleser Vertrages. Die deutsche Abordnung lehnt selbstverständlicher Weise eine derartige Forderung ab. Man sei auf deutscher Seite lebhaft bereit, einer

Einberufung des Haager Schiedsgerichts zuzustimmen, falls die Gläubigermächte der Ansicht seien, Deutschland habe den Youngplan gebrochen. Man lehne es jedoch auf das allerheftigste ab, eine Formel zu unterzeichnen, nach der im Falle eines Zusammenbruchs des Youngplans Deutschland ausdrücklich bestätigt, daß die Sanktionsbestimmungen des Versailleser Vertrages in Kraft treten. Nach den Besprechungen der Ministerrat sind die Parteien von neuem zusammengetreten, um über diese Frage weiter zu verhandeln. Anschließend traten die sechs einladenden Mächte zur Fortsetzung der offenen reparationspolitischen Fragen zusammen.

Auch in den Zahlungsfragen kein Fortschritt.

In der Sitzung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands sind lediglich wieder einige Fragen von geringerer Bedeutung behandelt worden.

Die großen offenen Streitfragen sind noch immer der Zahlungsstermin der deutschen Monatsraten, die Umwidmung der indirekten Forderungen und die Aufhebung der deutschen Zahlungen nach einem Moratorium. Die nächste Sitzung der Gläubigermächte mit Deutschland ist auf Sonnabend vormittag einberufen worden. Im Anschluß an die Vormittagsbesprechung zwischen Tardieu und Curtius hat noch eine kurze Beratung zwischen deutschen und französischen Sachverständigen in Anwesenheit von Tardieu stattgefunden, in der jedoch keine Fortschritte erzielt worden sind.

Heute die Weiterführung der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung in der Sanktionsfrage sind bisher noch keine Dispositionen getroffen worden.

Die Großmächte verhandeln mit Ungarn.

Als Vertreter der Großmächte haben der französische Minister Loucheur, der englische Gesandte Fipps, die italienischen Sachverständigen Fretell und Swisch dem Gasten Beschlüssen einen Besuch abgestattet, woran sich eine erste amtliche Besprechung mit dem ungarischen Finanzminister Kelerer und Baron Karantini schloß.

Am Sonnabend nachmittag soll die ungarische Reparationsfrage zum ersten Male in den Reparationsausschuß gelangen. Inzwischen finden direkte Verhandlungen zwischen der ungarischen Abordnung und der Kleinen Entente statt.

Schaumburg-Lippe geht in Preußen auf.

Anschluß zum 1. April 1931 beantragt.

o. Weidberg, 11. Januar.

In der letzten Sitzung des Schaumburg-Lippeschen Landtages kam der Gesetzentwurf über die Vereinigung des freiherrlichen Schaumburg-Lippeschen mit Preußen zur Verhandlung. In einer Stellungnahme erklärte der preussische Staatsminister, daß er einen gangbaren Weg zur Klärung der Anschlußfrage nur darin liehe, wenn die Schaumburg-Lippesche Landesregierung ihrerseits einen von Schaumburg-Lippeschen Landtag bereits genehmigten Entwurf über den Anschluß Schaumburg-Lippeschen vorlege.

Die Landesregierung beantragte daher, der Landtag wolle beschließen, einen Entwurf über die Vereinigung des freiherrlichen Schaumburg-Lippeschen mit Preußen sowie der zweckmäßigen Einberufung einer Landesvertretung unter Bestätigung der Vorarbeiten des Paragrafen 57 der Verfassung

des Landes Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippes mit Preußen mit der preussischen Staatsregierung rechtsverbindlich abzuschließen. Der Anschluß soll mit Geltung vom 1. April 1931 erfolgen. Der Landtag beschloß nach eingehender Beratung, den Vertrag dem Ausschuss zu überweisen, der sich aus allen Mitgliedern des Landtags zusammensetzt.

Zur Curtius-Rede in Haag.

Geringe Hoffnungen.

Haag, 12. Januar.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf dem Frühstück der Bälterbundesjournalisten wird in Konferenzkreisen viel erörtert. Man betont, daß das die einzige politische Rede gewesen sei, die auf dem Frühstück gehalten wurde.

Dr. Curtius, der zum ersten Mal vor einem derartigen internationalen Forum sprach, hat, wie allgemein bemerkt wurde, besonderen Wert darauf gelegt, sich nicht den allgemeinen üblichen Redewendungen über Wälterbund und Wältervereinerung anzupassen, sondern er hat eindeutig darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in einer besonderen Lage befinde, und daß an Deutschland Forderungen auf der Grundlage der gemäßigten Zahlungsverpflichtungen der Welt gestellt würden. Ferner hat Dr. Curtius unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich nur nicht auf dieser Konferenz in einer besonderen Lage befinde, sondern auch an dem Tage der Ausprache — dem zehnten Jahrestage des Antroffretens des Versailleser Vertrages.

Allgemein bemerkt wurde neben diesem, dem deutschen Standpunkt wenn auch in diplomatischer Form, lo doch eindeutig kennzeichnenden Hinweis, daß Curtius ausdrücklich die Bereitwilligkeit der deutschen Abordnung betonte, mit den übrigen Mächten im Wälterbund mitzuarbeiten.

Montag Zusammentritt des Ausschusses für die B33. Der Zusammentritt des Badener Ausschusses für die B33. ist nun endgültig für Montag festgelegt worden. Es bestand auf der Gegenseite auf Grund eines Neuport eingegangenen Telegramms die erste Befürchtung, daß der Präsident des Ausschusses, der Amerikaner Reynolds, erst am Mittwoch hier eintreffen und dadurch eine unerwartete Verzögerung der gesamten Verhandlungen herbeiführen werden würde.

Nach einem loeben eingetroffenen neuen Telegramm ist jedoch der Zusammentritt des Ausschusses für Montag als gesichert anzusehen. Alle Verhandlungen werden auch Reichsstaatspräsident Städt teilnehmen.

Die Frage der Mobilisierung der deutschen Young-Annutitäten ist bisher noch nicht zur Erörterung gelangt, wird jedoch in den Beratungen des Badener Ausschusses von französischer Seite zur Erörterung gestellt werden. Die französische Abordnung hat der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß sie einen Vorschlag für die Mobilisierung der deutschen Annuitäten, vor allen Dingen der ersten Tranche, ihr zugehen lassen werde.

Brand reist mit Henderson nach Genf.

Paris, 12. Januar.

Außenminister Brand ist in Paris eingetroffen, von wo er sich nach Genf zur Wälterbundeskonferenz begeben wird. Auch der englische Außenminister Henderson wird hier erwartet. Er dürfte eine Reise nach Genf gemeinsam mit Brand fortsetzen. Henderson wird an den Beratungen des Wälterbundes Montag und Dienstag teilnehmen und in der Frage der ungarischen Opantien Bericht erstatten. Dienstag abends bereits wird er seine Wälterreise nach London antreten.

Curtius fährt nicht nach Genf.

Reinigung der Gegenseite.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat keine Reise nach Genf aufgegeben. Als Begründung wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen in den letzten Stunden sowohl in der Sanktionsfrage als auch in der reparationspolitischen Fragen sich derzeit zuspitzen hätten, daß eine Abwesenheit des Reichsaussenministers von Haag nicht möglich erseheine.

Die von englischen Schatzkanzler geforderte Einigung in den reparationspolitischen Fragen konnte nicht erzielt werden.

Die Auffassungen stehen vielmehr, wie betont wird, von neuem außerordentlich scharf einander gegenüber. Staatssekretär von Schubert reist nach Genf und wird Deutschland im Wälterbundesrat vertreten.

Französische Lesart des deutschen Standpunktes.

Nach einer allgemeinen Sitzung der deutschen Abordnung sind die vier Außenminister sowie die Staatssekretäre von Schubert und Pänder und Ministerialdirektor Gauß zu einer Beratung zusammengetreten, in der der deutsche Standpunkt in der Sanktionsfrage erörtert und über die endgültige Stellungnahme und Antwort auf den französischen Vorschlag beraten wurde. Mitteilungen über den Verlauf dieser Besprechungen wurden nicht gemacht.

Von auf unternommen französischer Seite verlannt, daß in der Unterredung zwischen Curtius und Tardieu von deutscher

Seite eine schriftliche Niederlegung des deutschen Standpunktes in der Sanctionsfrage vereinbart worden sei. In dieser Niederlegung seien folgende drei Punkte hergehoben worden:

Erstens: Deutschland ist der Ansicht, daß in einem Vertrag, der wie der Youngplan auf gegenseitigen Vertrauen beruht, nicht eine Klausel aufzunehmen sei, die bereits Unflexibilität auf der einen Seite, nämlich Deutschlands, vorsetzt. Aus diesem Grunde können in dem Schlußprotokoll der Saenger Konferenz keinerlei Bestimmungen aufgenommen werden, die die Entschiedenheit Deutschlands und den guten Willen, seine im Youngplan freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, irgendwie in Frage stellen.

Zweitens: Die deutsche Abordnung ist der Ansicht, daß nach der Kommerzialisierung der deutschen Young-Annuitäten nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen in Frage kommen können.

Drittens: Wird hierbei gegen die Zusammenlegung des Schiedsgerichts des Youngplans Einwand erhoben und eine Erweiterung der deutschen Vertretung in dem Schiedsgericht verlangt.

Eine Befähigung dieser französischen Darstellung des deutschen Standpunktes in der Sanctionsfrage ist von deutscher Seite nicht zu erwarten.

Vor der Flottenkonferenz.

Eine lange und schwierige Tagung?

London, 12. Januar.

Die amerikanische Delegation, die sich nach London einschiffte, hat nach mehr als hundert Mann, und schon das ist ein Zeugnis für den ersten Willen, mit dem die Amerikaner an diese Besprechungsverhandlungen herangehen.

Die Abschiedsanrede des Präsidenten Hoover und die Tombsrede des amerikanischen Außenministers und Delegationsleiters Stimson haben noch einmal den Hoffnungen Ausdruck verliehen, mit denen Amerika den Bemühungen um eine Milderung der Seerüstungen entgegensteht, und die englisch-amerikanischen Verhandlungen haben wohl auch in Washington den Eindruck gezeugt, daß ein positives Resultat der Flottenkonferenz erhofft werden darf.

Die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, werden allerdings weder in Amerika noch in England unterschätzt.

In Washington hat man aus den langwierigen Vorverhandlungen mit der japanischen Delegation, die dort auf ihrer Europareise Station machte, die besonderen Schwierigkeiten erkannt, die das Problem der Seerüstung und der gefährlichen Stützpunkte im Gebiet des Stillen Ozeans bildet, und auch die ersten Beziehungen der japanischen in London eingetroffenen Vertreter mit den zuständigen englischen Stellen haben für die Hauptverhandlungen in dieser Beziehung noch so gut wie alle entscheidenden Fragen offen gelassen. Eine zweite Gruppe von Schwierigkeiten ergibt sich aus dem

Wettbewerb zwischen Italien und Frankreich,

die beide ihre Geltung im Mittelmeer nur gestützt auf ein Mindestmaß von Seerüstung wahren zu können glauben, wobei auch in der Frage der Unterseebootwaffe die Meinungen auseinandergehen. Italien hält daran fest, daß die französische Flotte der Feststellung der Flottenüberlegenheit auf einer Basis von 100000 Tonnage nicht nachgeben will, und die vorerwähnte Forderung eines Bauprogramms von Italien nicht als praktisch anerkannt werden könne und daß gegen diesen Standpunkt daher große grundsätzliche Einwände auf der Londoner Konferenz vorgebracht werden müßten. In letzter Stunde scheint nun noch der ganze Arbeitsplan der Konferenz eine wesentliche Veränderung oder zum mindesten im wesentlichen auf die Kreuzerfrage und die Unterseebootwaffe beschränkt war, wird von englischer Seite neuerdings der Gesichtspunkt in den Vordergrund gehoben, daß es möglich sein müßte, auch

auf dem Gebiet des Schlachtschiffbaues

wesentliche Einschränkungen zu erreichen, und es ist bemerkenswert, daß in dieser Diskussion der deutsche Panzerkreuzer A eine erhebliche Rolle spielt, dessen konstruktive Neuheiten ja schon vom Beginn seines Baues an die Fachkreise aller Länder auf das höchste interessieren.

In England glaubt man, daß es möglich sein müßte, durch die Ausbildung dieses Schiffes ein leistungsfähiges Schlachtschiff von großer Widerstandsfähigkeit herzustellen, das durch seine geringere Größe sehr erhebliche materielle Ersparnisse sichern würde, und zweifellos wird versucht werden, auch diese Gedanken in London zur Debatte zu stellen.

Doktors Töchterlein.

Original-Novelle von Ludwig Blümle.

(Nachdruck verboten.)

21) Er ist es, sie erkennt ihn, trotz des eleganten Anzuges. Sie hätte einen Schrei aus — die stolze Bontecurine liegt in tausend Scherben auf dem Fußboden und das edle Maß ergießt sich über die Teppiche.

Der Hausherr, die drei jungen Damen, ihre Herrin stehen mit furchterlichen Miene vor ihr. Doch an ihrer Seite steht der ... und spricht: „Ich bin ignat daran!“

Dann erfaßt er ihre Hand und, als wären sie weit fort von der Gesellschaft, drücken im Walde von Heiligendamm, sagt er: „Das ist eine Fügung des Himmels, daß ich Sie hier treffen soll, Fräulein Heller. Ich bin sehr glücklich über dieses Wiedersehen.“

Darauf wandte er sich an die bestizten Herrschaften und erklärte den ganzen Zusammenhang. Diese vermuteten ihn zu fassen, doch Eva nicht. Sie flammte sich fest auf ein Schreibtischband an, als wollte sie ihn nicht wieder loslassen und fand da, als hätte sie ihre Bestimmung vollkommen verloren. Und er schaute sie so ästhetisch an mit seinen großen Augen und flüsterte ihr zu: „Fürchten Sie sich nicht, ich verlasse Sie niemals.“

„Aber Herr Graf“, sagte der Hausherr jetzt im Tone des höchsten Unwillens, „ich möchte Sie erfragen, dieser Szene ein Ende zu machen. Bedenken Sie, wo Sie sich befinden.“

„Erzählen Sie, meine Herrschaften“, sprach Herrheit, „denn ich mich einen Augenblick entfernen, um mit Fräulein Heller allein zu sein.“

Ohne die teils neugierigen, teils empornten Blicke der anderen zu beachten, führte er Eva hinaus in den Park.

Auf einer Steinbank nahmen sie beide Platz und nun erzählte er dem Raunennden Mädchen alles, alles

Und das Saargebiet . . .

Die Frage des künftigen Saargrubenbesitzes.

— Saarbrücken, 11. Januar.

Die „Saarbrücker Zeitung“ erläutert am Beispiel der Saargrubenfrage den Unterschied zwischen einer rein wirtschaftlichen Einstellung der Politik und der staatspolitischen Orientierung der Parteien.

Die Frage des künftigen Saargrubenbesitzes habe unweifelhaft auch eine starke wirtschaftliche Seite: die Rentabilität der Kohlengruben und im Zusammenhang damit Verkaufspreis, Betriebskosten, Abhängigkeitsfragen, Arbeitslöhne, Kohlenpreise usw. Aber sie habe vor allem eine rein politische Seite: die Deutcherhaltung der Sidweimart und die deutschfranzösische Annäherungspolitik gerade auf dieser Grundlage, nämlich durch eine klare Benützung eines Jahrhunderte alten Konfliktes um den Saar-Schlag.

Zur Deutcherhaltung des Saargebietes gelte bei allen Sachverständigen der rein deutsche Staatsgrubenbesitz als Voraussetzung. Alle Wirtschaftler, die sich um den Kölner Industriellen Otto Wolff gruppieren, forderten unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität für die Saargruben den Privatbesitz und die französische Teilnahme daran im Austausch gegen den deutschen Besitz an lothringischen Erzküchen. Die Vertreter dieses Standpunktes ließen durchblicken, daß die Frage des Saargrubenbesitzes trotz der eindeutigen Stellungnahme der Regierung und des Landtages von Preußen noch keineswegs entschieden sei. In Wahrheit sei die Frage jedoch entschieden, und zwar im Sinne der Bevölkerung und der Politik. Es sei unmöglich, die Saargrubenbesitzfrage allein als eine wirtschaftliche zu behandeln.

Lebensgefahr auf Adergelände.

Die Nachwirkungen der Besetzung.

— Koblenz, 11. Januar.

In dem Gelände zwischen Winningen-Rübenach und Gils befand sich zurzeit der Besetzung ein Schießplatz, der erstmals im Jahre 1919 von den Amerikanern nach Beschlagnahme von Adergelände und Waldstücken angelegt wurde. Nach Abzug der Amerikaner ging der Schießplatz an die Franzosen über, die dort zuweilen zwei- bis dreimal wöchentlich Artillerieübungen abhielten.

Nach der Räumung der zweiten Zone und der endgültigen Freigabe des Schießplatzes stellte sich heraus, daß dort eine große Menge Munition lag. Diese wurde zwischen dem Geleitigen im Walde liegen, so daß das Betreten des Geländes mit Lebensgefahr verbunden war. Von den zuständigen Stellen wurde nun die Benützung der Gelschöße angeordnet. Man hat bereits eine ganze Menge Granaten unversehrt gemacht. Zurzeit werden die Arbeiten noch fortgesetzt.

Es zeigt sich ferner, daß durch die Schießübungen in den Wäldern und auf dem Adergelände nicht unbeträchtlicher Schaden angerichtet wurde. So hat u. a. die Gemeinde Winningen allein schon 10 000 Mark Flurhaden erlitten bekommen. Besonders Schwierigkeiten bereitet jetzt die Verwertung des Adergeländes, weil die Landwirte sich weigern, den Aderboden zu pflügen. Sie fürchten, beim Wendeln des Bodens an Bindwürger zu stoßen und diese dann zur Entzündung zu bringen.

Schutz der älteren Angestellten.

Anreizungen für den Arbeitgeber.

— Berlin, 12. Januar.

Neuerdings ist die Not der älteren Angestellten wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die alten Forderungen auf Einführung von Altersmaßnahmen zur Einstellung älterer Angestellter, auf neue Entlohnungen bei der Kündigung usw. werden wieder erhoben. Die Vela-Vereinigung der leitenden Angestellten, hat gemacht ihrer Einstellung gegen Zwangsmaßnahmen in der Maßigkeit, solange sie sich irgend vermeiden lassen, der geltenden Körperpflichten eine Eingabe eingereicht, der Arbeitgeber durch eine Steuerermäßigung einen Anreiz zur Einstellung älterer Angestellter zu geben. Die Vela geht hierbei von der Tatsache aus,

1. daß die Not der älteren Angestellten nicht so sehr an ihrem Alter als vielmehr an der Unmöglichkeit zu finden, als einmal Arbeiter wieder eine Stellung zu finden; es ist also möglich, die WiederEinstellung zu fördern, als durch Schutzbestimmungen den Eintritt der Kündigung lediglich um ein paar Monate hinauszuverschieben;

von seiner Vergangenheit, von seiner eignen Liebe und dem Fluch der ihm Tat. Und als ich wieder in meiner Heimat weilen durfte“ schloß er seine ergreifende Geschichte, „da war es mein sehnlichster Wunsch, Sie wieder zu sehen, weres Fräulein Heller, Sie, die mir wie eine Lichtgestalt einmal in der Nacht meines Elends erschienen war. Ich machte mich wenige Wochen nach dem Tode meines Vaters auf die Reise. In Ihrer Heimatstadt hörte ich, daß auch Ihr Vater verstorben sei an jenem Weiden, das Ihnen ja schon damals zu so vielen Sorgen Veranlassung gab. Ich erfuhr auch, daß Sie irgendwo in Süddeutschland eine Stelle als Gesellschafterin angenommen hätten. Und nun fügte es der Himmel, daß wir uns hier ganz plötzlich begegnen sollten.“ Jedes Fräulein, erkennen Sie in dieser ungewohnten Begegnung nicht auch den Willen der gütigen Vorsehung, einen höheren Willen?“

Eva stand noch zu sehr unter dem überwältigenden Eindruck des neuen Erlebten, sie war außer Stande, klar zu denken und zu antworten. Nur einige unverständliche Worte vermochte sie zu flammeln, und dabei schaute sie zum Herrn empor wie zu einem höheren Wesen.

Jetzt erfaßte er ihre schmale, weiße Hand und leidendhaft rief er aus: „Es ist ein göttlicher Wille, geliebte Eva, daß ich dich wiederfinden sollte! Der Himmel hat es bestimmt, daß wir beide miteinander glücklich werden sollten. Ich lasse darum nicht von dir, Geliebte, du bist für alle Ewigkeit mein eigen.“

Ein Blick so voller Seligkeit trat ihm aus des Mädchens tränenfeuchten Augen, ein Blick, in dem Evas Erwiderung so deutlich ausgesprochen war, daß es keiner weiteren Worte bedurfte.

Des Schloßherrn vorige Name war vollkommen verdrungen. Wenn der gute Ton ihn nicht gezwungen hätte, seinen Willen zu verbergen, so würde er den Gesühnen seines Herzens in lauten Botschaftungen Ausdruck geben haben. Er mußte also schweigen und

2. daß die WiederEinstellung in die Wirtschaft nur deshalb nicht erfolgt, weil die älteren Kräfte teurer sind als die jüngeren, nicht etwa wegen verminderter Leistungsfähigkeit.

Will man nun dem Arbeitgeber einen Anreiz geben, eine Bilanz mit einem älteren Angestellten zu belegen, so kann das nur dadurch geschehen, daß man ihm einen persönlichen Vorteil gewährt, der die Einbuße bei der Einstellung des älteren Angestellten ausgleicht. Die Vela hat demnach beantragt, solchen Arbeitgebern, die ältere Angestellte über den Normalstand (1:5) hinaus beschäftigen, eine Ermäßigung der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zu gewähren, die sich nach der Höhe der an diese älteren Angestellten gezahlten Gehälter richtet.

Eine Meliorationsanleihe.

43 Millionen Zwischenschein.

— Berlin, 12. Januar.

Im Besonderen mit der Reichsregierung hat die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt die Aufnahme einer großen Staatsanleihe für Meliorationszwecke so weit vorbereitet, daß diese abgeschlossen werden kann, sobald der Kapitalmarkt des Auslandes erträgliche Bedingungen bietet. Um das Meliorationszweck bis dahin fortzuführen, hat die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt aus eigenen Mitteln 33 Millionen Mark für Zwischenscheine an die Meliorationsunternehmungen zur Verfügung gestellt, die zurzeit noch nicht erfüllt sind.

Von den letzten Versicherungsträgern hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 10 Millionen Mark zu Meliorationszwecken zur Verfügung gestellt, die den einzelnen Unternehmungen durch die Deutsche Bodenkultur-Aktiengesellschaft zusammen mit eigenen Mitteln im Betrage von etwa 7 Millionen Mark zugeführt werden. Es ist beabsichtigt, die eingeleitete Zinsverbilligung im Reichshaushalt weiter auszubauen.

Jaleff besucht Briand.

Paris, 12. Januar. Außenminister Briand, der in Paris inaktiver ist, hat den polnischen Außenminister Jaleff, den derzeitigen Präsidenten des Weltverbandes, empfangen. Die Unterhaltung erwiderte sich auf Fragen, die in der Ratifikation zur Sprache kommen. Außerdem hatte Briand mit dem englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Henderson, der ebenfalls in Paris eingetroffen ist, um nach Genf weiterzureisen, eine Aussprache.

Englische Propaganda gegen deutsche Weizenimporte.

London, 12. Januar. Der Landwirtschaftsminister erklärte in einer Rede in Sheringham, daß die britischen Vertreter auf der Tagung der landwirtschaftlichen Sachverständigen des Weltverbandes die Anweisung erhalten hätten, auf die vom internationalen Standpunkt aus unerwünschten Begleiterscheinungen des Systems der Ausfuhrsteuern hinzuwirken. Der Anlaß zu diesem Hinweis liegt offensichtlich in der in England vorhandene Bewegung gegen die deutsche Weizenimporte, die in völliger Uebereinstimmung mit dem deutsch-englischen Vertrag steht, von landwirtschaftlicher Seite jedoch stark bekämpft wird.

Deutsche Offiziere in China.

Eine amtliche Erklärung.

— Berlin, 11. Januar.

Das Shanghaier Blatt „Evening News“ veröffentlicht einen Aufruf des Führers der extremen Linken der Kommunisten, Wangsching-mo, überhörsliche Warnung an Deutschland, in den behauptet wird, die deutsche Regierung habe die deutschen Offiziere, die sich angeschlossen haben an den Generalen Tsching-tsching in China befinden, diesem zur Verwendung empfohlen. Deutschland wird jener behauptung, große Mengen Waffen und Munition und anderes Kriegsmaterial nach China geschickt und dadurch den Weltfriede verletzt zu haben.

Von Berliner amtlicher Stelle wird hierzu erklärt:

1. Es sei nicht wahr, daß die deutsche Regierung die sich bei Tsching-tsching aufhalten den deutschen Offiziere ausgeschieden oder auch nur zur Verwendung empfohlen habe. Deutschland habe in keiner Weise einen Einfluß auf die Auswahl der Offiziere gehabt. Die Freunde Tsching-tsching hätten sich in Deutschland diese Herren ausgewählt und sie Tsching-tsching empfohlen.

2. Die deutsche Regierung mögliche grundsätzliche politische Teilnahmen von deutschen Angehörigen an inneren Kämpfen eines anderen Landes.

3. Die Deutschen, die sich entgegen der Stellungnahme der Reichsregierung in ein fremdes Land und dort in Gefahr befinden, handeln eine eigene Verantwortung.

Es ist das Unabänderliche fügen, als der Graf ihm Eva als seine Braut vorstellte.

So war denn auch diese letzte Hoffnung sehr geschlagen!

Sein Los war entschieden.

Keinred, die nicht genötigt war, sich irgend welchen Zwang aufzulegen, ließ der glückseligen jungen Braut ihr Glück und ihren wüßigen Spaß nur zu deutlich merken. Aber Eva konnte jetzt nichts weiter als Freude und Wonne, sie hätte dem hochmütigen Fräulein nicht.

Nur wenige Wochen brauchte sie noch auf dem Schloße zu weilen, dann sollte die große Wenderung in ihrer Lebensweise eintreten.

Graf Heribert holte seine Braut selber ab von Schloß Wühlburg und begleitete sie zu der Mutter seines Freundes Gerlach, die nicht weit von seinem Schloße eine Villa bewohnte.

Doch bei der Heben aller Dame sollte sie bis zur Hochzeit wohnen. Es wußte eine herrliche Zeit begann jetzt für das Schwärzliche Mädchen!

Eva konnte dem Himmel, der so plötzlich ihr Geschick geändert, nicht genug danken. Sie hätte sie es auch ahnen können, daß das arme, elende Leben für sie noch so unendliche Freude aufsperrt hätte.

Im nächsten Frühjahr wurde Eva Heller Graf Heribert von Gerolds Witt.

Das glückliche Ehepaar dachte auf seiner Hochzeitseife zunächst an das Heimatliche, wo sie sich inzwischen gar manches geändert hatte. Der alte, treue Medizinalrat wachte nicht mehr unter den Lebenden, und die Villa, welche sie mit ihrem Vater bewohnt hatte, war im Besitz eines reichen Fabrikanten.

Am meisten interessierte Eva, daß Hans Siebers nach seiner Verählung mit der reichen Helene Wölter Abschied von seinem Berufe genommen und in Berlin ein sehr flottcs Leben führte. Die Eva war aber keineswegs glücklich, und das ängstliche Leben sollte Hans



Was jeder von der Heilkunde wissen soll und verstehen kann,

sagt Reinhard in seiner neuen Heilkunde für Alle. Das Buch ist eine überragende Leistung. Ein stattlicher Band, 228 Seiten Lexikonformat, 475 Bilder, tadellos gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen oder durch den

VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

Die Studi aus dem Leben.

Ein Philosoph würde damit beginnen, den Wert des menschlichen Lebens zu untersuchen und wahrheitsgemäß, je nach seiner Einstellung, das Leben bejahen oder verneinen. Dieser ist es, man verneint jede Philosophie und fragt sich, weshalb gerade zu Anfang des Jahres 1930 so viele Selbstmorde gemeldet werden? Ich habe einen abergläubigen Freund, der behauptet, das wäre ganz natürlich, denn wenn man die Jahreszahl quer abliest, so läme die Unglückszahl 13 heraus. Ein anderer verweist mich auf die Sternendeckter. Sie waren der Auffassung, die Sternbilder des neuen Jahres deuten auf Katastrophen, auch im Leben der Menschen und der Einfluss vom Himmel sei so stark, das sich schwache Naturen gar nicht anders können, als Hand an sich zu legen. Inzwischen, steigt man die eigentliche Ursache der Selbstmorde. So kommt man doch zu einer anderen Ueber-

zeugung. Jammert heißt es, wirtschaftliche Not hätte die Tat bestimmt. Ja, gab es diese wirtschaftliche Not nicht schon im Vorjahre? Gewiß, aber wie die Menschen einmüde liehen in der Soinung, mit der Wende des Jahres könne eine neue Zeit anbrechen. Sie feierten den Jahresanfang in fröhlichem Kreise und ließen sich Glück wünschen. Einige Tage warteten sie, dann merkten sie, daß eigentlich alles seinen alten Gang gehe und sich nichts geändert habe. Die Sorgen häuften sich viel mehr, und die Enttäufung, dieses Jammers, eine den letzten Hoffnungen machte den Entschluß, dem Leben Lebenswohl zu legen. Aufjällig ist es nun, daß unter den Selbstmördern sich in der Hauptgasse Frauen befinden. Auch das läßt sich erklären. Gerade die Frauen neigen dazu, sich an einem Strohhalm zu flammern. Sie hoffen und hoffen wieder. Umso härter wurde die Enttäufung und umso dringender der Wunsch, nun endlich Schluß zu machen. Daß sie Selbstmorde gehen, leit langer Zeit, begen wird befeichtigt. Daß sie jetzt zur Tat schritten ist die Folge der letzten Enttäufung, das Begraben der letzten Soinung. Der wirtschaftlichen Not sind nun schon so viele Opfer gebracht, viele Menschen sind ihr verfallen, viele fühlten sich zu schwach, ihr zu trogen. Die Selbstmorde sind also ein Zeichen der Zeit und ihrer Häufung aus der Zeit erklärt. Wir leben in ersten Tagen, die ganze Welt, dem Leben. Das Leben stellt heute an den Einzelnen weit höhere Anforderungen als früher, wir können nicht mehr durch die Tage tänzeln, sondern müssen eine energiegelbe Konzentration aufweisen und schon dadurch unsere Kräfte verbrauchen. Selbstverständlich wird aus solcher Lebensänderung ein anderes Menschenbild geboren. Würden unsere Väter aus den Gräbern stehen, könnten sie die Umstellung der neuen Menschen am besten erkennen. Wir aber, mitten im Leben, gehen mit und merken nicht, wie wir anders werden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mittelddeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtdirektion zu Kemberg.

Das Jahr 1929 hat nach einem vorangegangenen wirtschaftlichen Aufstiege einen Konjunkturrückgang gebracht, der sich zwar nicht so abrupt abspielte, aber doch langsam und stetig entwickelte. Daß der konjunkturrelle Abgang seinen wunden Charakter annahm, ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß infolge verfeierten Exportes wenigstens teilweise ein Ausgleich für den nachlassenden Inlandsbedarf erzielt werden konnte.

Wenigstens der Reichsbankausweis für den Jahresultimo naturgemäß eine erhebliche Anspannung zeigte, so dürfte diese doch durch die bereits in den ersten Tagen des neuen Jahres einsetzende fühlbare Geldverknappung behoben sein. Nach dem Ultimoausweis betrug die Deckung der Noten durch Gold allein 40,3 gegen 40,5 % in der Vorwoche, die durch Gold und bedienungsfähige Devisen 55,3 gegen 58,2 % der Vormode. Die Diskontormäßigungen in Schweden, Dänemark und Norwegen sind als Zeichen fortgeschrittener internationaler Inneverbilligung zu werten, jedoch bei der Fälligkeit der internationalen Ökonomie noch weiter mit einer Diskontofälligkeit in London und Paris gerechnet werden kann. Anzeichen für die auch die Möglichkeit einer Verhängung des Reichsbankdiskontofalles wieder in größere Nähe gerückt. Die Sareinlagen im Reich sind von 8728 Mill. Ende Oktober auf 8827 Mill. im November 1929 gestiegen. Der Zuwachs beträgt also 104 Millionen gegen 127 Millionen im Vormonat. Gegenüber dem Jahresanfang um ungefähr 170 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahres bleibt die Zunahme wieder erheblich zurück.

Im Laufe des Monats November wurden im Reichsbankregister 813 Konten für 304 gerichtliche Vergleichsverfahren befristet. Während die Anzahl der Konten gegenüber dem Vormonat um 32,2 % gestiegen ist, ist die der Vergleichsverfahren um 12,6 % gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsanträge hat in der ersten Dezemberhälfte eine verfeierte Zunahme erfahren und zwar betrug sie am 15. 12. 1929 1,4 Millionen. Die Ziffer der Befristungen beträgt für Mitte Dezember auf 194.000 Betonen.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 15. Januar 1930, 10 Uhr, sollen im Stadthof Oppin

- 510 rm kiefernes Rollholz,
- 60 rm kiefernes Scheitholz,
- 30 rm Buche und Eiche (Rollholz),
- 15 rm Birke (Rollholz),
- 30 Reisighaufen

(Durchforstung und Sahlhiebs)

versteigert werden. Sammelort: Forsthaus Beddingungen im Terrain, Kemberg, den 3. Januar 1930

Der Magistrat.

Auk- und Brennholz-Auktion Köplich

Montag, den 20. Januar, kommen von 10 Uhr im Forsthaus Köplich zum Angebot aus Durchforstung des ganzen Revieres:

- 5 Eichen und Buche 2,98 fm
- 512 Kiefern, I.-III. Klasse, 205 fm
- 30 Kiefernstangen, I. Klasse
- 176 rm Rollholz, I. Klasse
- 111 rm " II. "

Näheres und Listen beim Rentamt Burgkennitz

Am Donnerstag, den 16. Januar, von 9—7 Uhr

findet bei Frau Schumann, Burgstr. 30 par. in Kemberg wieder meine bekannte Augen-Ausstellung und Beratung von Brillen und Klemmer hat. Seit Jahren in Kemberg bekannt. Auf Grund dreißigjähriger Erfahrung biete ich Ihnen Vorteile, die Sie überhaupt anderswärts finden.

3 Monate Probezeit! 1 Jahr Garantie für richtiges Sehen. Kostenlose Augenprüfung. Brillen aller Schattierungen, Brillen für alle Sehschwächen, Schöne Augenkorrekturen aus Kemberg. Preisliste von 2 Mark an. Sobald die Augen klammern, schnell ermitteln und keine Schrift nur schwer zu lesen ist, tut ein richtig angepasstes Glas fast immer wunderbare Dienste. Der größte Wert einer guten Brille besteht nur darin, daß die Augen durch einen erfahrenen Optiker genau geprüft werden.

Jungnis. Auf Grund ihrer perfekten Augenprüfung haben Sie mir ein Glas geliefert, mit dem ich äußerst zufrieden bin. Die bisherigen Gläser, die mir andernorts geliefert wurden, waren mir noch nie von Nutzen. Infolgedessen war ich wirklich sehr erfreut, daß die Augen durch einen erfahrenen Optiker genau geprüft wurden.

Lassen Sie sich nicht durch neidische Konkurrenz irren machen. Fröhlich kommen erspart langem Warten.

Augen-Freund, Optiker, Berlin, Badstraße 42

Kräftiges Mottschaf
zum Absetzen
verkauft Weinbergstraße 8
Ferkel
hat abzugeben
Paul Nischke, Burgstraße

Autofahrten zu jeder Tages- und Nachtzeit
Ernst Roming
Wittenberger Straße
Telefon 242

Unser **Fußhengst** Casar v. Deufau steht zum
Decken bereit
Hengsthaltungsgenossenschaft Helbig
Eintrittsblocks
Tanzblumen, Tanzkontrollen
Tanzbänder
empfiehlt äußerst billig
Richard Arnold, Kemberg

Briefordner und **Locher**
Kontobücher
empfiehlt **Richard Arnold**
Garderobenblocks
Richard Arnold, Kemberg
Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

Prima junges, fettes
Rind- und Hammelfleisch
und **frische Flecke**
empfiehlt **Nisch, Krausemann Nachf.**
Inb. Heinrich Schneider

Frühes Hammelfleisch
empfiehlt **Ernst Bachmann**
Dienstag früh eintreffend
frischen Schellfisch
Kfund 35 Pfg.
grüne Seringe
P. Wierzhafte

Empfehle Dienstag früh eintreffend
frische grüne Seringe
frischen Schellfisch
Reinhold Hartmann,
Delikatessgeschäft.

Empfehle
frisch. Schellfisch
grüne Seringe
und
Räucherwanen
Emma Reinecke
Empfehle morgen Dienstag von 1 Uhr an
Schaum- u. Fasten-Brezeln
Hermann Busch, Bäckerei.
empfiehlt **Richard Arnold**

Bäckerlehrling
sucht sofort oder Dikern
M. Voigt, Bäckermittel
Treibz (Elbe)

Krieger - Verein
Anfragen zur Beerdigung des Kameraden **Bernh. Allner** morgen Dienstag nachm. 2 Uhr im Hotel „Blauer Helm“. Beerdigung aller Kameraden ist Ehrenpflicht.
Der Vorstand

Rotta
Sonntag, den 19. Januar
Preisfest
Frei Jah

Männer-Turn-Verein Kemberg

Mittwoch, den 15. Januar, abends halb 8 Uhr im Hotel Palmbaum

Turnratsitzung

Anschließend halb 9 Uhr General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Berleien des Turnratsprotokolls, 2. Jahresbericht, 3. Kassenauchrechnung vom Turnhallenbau, 4. Vereinsausgabenbericht, 5. Hallenporzelleit Magdeburg, 6. Koffmisteil, 7. Vorstandsbericht, 8. Bericht über den

Wir bitten unsere Turnbrüder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen

NB. Die Gewinnliste der DT-Lotterie ist eingegangen. Kostigaber werden gebeten, die Liste, soweit noch nicht gefahren, in der Versammlung einzuliefern.

Freitag, den 17. Januar 1930, abends 8 Uhr, in der **Weintraube**

Missionsabend

1. Vortrag: Provinzial-Missionssekretär Warrer Schlemmer über „Umwälzungen in Vorderasien“
2. Lichtbildervorführung nach Bilden von Rudolf Schäfer

Eintritt 30 Pfennig
Der Gemeindefreienrat
Bertram Probst

Fachwerkstätten Paul Naumann - Wittenberg

Telefon 102

Masken - Kostüme

von Einfachen bis Eleganteren
auch leihweise



Sonnabend mittag 1 Uhr starb nach langem schweren Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Bernhard Allner

im Alter von 30 Jahren.

Dies zeigt tiefbetruft an Familie Otto Allner

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 3/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen herzlichen Dank.

Familie Richard Ballmann

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. — Wöchentliche Beilagen: „Kammaras Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erschießt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltenzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubens, zusätzlich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 5

Dienstag, den 14. Januar 1930

32. Jahrg.

Müdenbekämpfung.

Die in Kellern, Ställen und sonstigen Räumen überwinternden Mäusen sind durch Abtöten, Zerhacken und Desinfektionsmitteln und dergl. sofort zu vernichten. Kemberg, den 11. Januar 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Neues in Kürze.

Wegen der kritischen Lage auf der Konferenz hat Reichsaussenminister Curtius auf die Reise nach Genf verzichtet und bleibt im Haag.
Erneut wurde von der Vereinigung der leitenden Angehörigen eine Eingabe zum Schutze älterer Angestellter bei den abgehenden Körperstellen eingereicht.
Zur Vereinfachung der deutschen Vordentur wurde eine Anlaufsanleihe für Meliorationszwecke vorbereitet.
Die Spaltung von Japan, Frankreich und Italien lassen die Aussichten für die Londoner Konferenz in wenig günstiger Weise erscheinen.

Moratoriumsrecht anerkannt.

Die Verhandlungen über den Zahlungstermin. Haag, 11. Januar.
Die Ausprache in der Sitzung der fünf Gläubigermächte mit Deutschland hat sich teilweise recht lebhaft gestaltet, führte jedoch in einem Punkte zu einer Klärung, die auf deutscher Seite als befriedigend angesehen wird. In der Frage der Festlegung des Zahlungstermins für die monatlichen Raten der Younganleihe wurde von der Gegenseite der Vorschlag gemacht, daß Deutschland jeden 15. des Monats zahlen sollte, die Beträge jedoch erst am 30. den Gläubigern transferiert und in der Zwischenzeit vom 15. bis 30. bei der Internationalen Bank deponiert werden sollen. Die Zinsen dieser 15 Tage sollen zur Regelung der Unkosten der B33 verwendet werden.

Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärte, daß die deutschen Sachverständigen sich für den Zahlungstermin zum 30. jeden Monats einigten hätten.
Die Unkosten der Bank hätten die Gläubigermächte zu zahlen. Von Finanzminister Moldenhauer, der den deutschen Standpunkt mit außerordentlicher Schärfe und Klarheit vertrat und fortgesetzt in die Ausprache eintritt, wurde hiergegen der Vorschlag gemacht, den Präsidenten der Pariser Reparationskonferenz

Owen Young als Unparteiischen

in dieser Frage anzuhören. Die Gegenseite lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, es sei nicht angängig, einen Außenstehenden als Schlichter anzunehmen.

Das Moratorium.

Zur Erörterung gelangte sodann die von der Gegenseite gestellte Forderung, daß Deutschland das im Youngplan vorgesehene Zahlungsmoratorium nur unter bestimmten Voraussetzungen, in einer bestimmten Lage, zum Beispiel einer wirtschaftlichen Depression usw. fordern dürfe und daß Deutschland eine dahingehende Erklärung abzugeben habe.

Dieses Anliegen wurde von den deutschen Abordnung auf das schärfste zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß es kaum eine Instanz gebe, die in der Lage wäre, unparteiisch festzustellen, ob die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ein Zahlungsmoratorium erforderlich mache.

Ein derartiges Schiedsgericht würde aller Wahrscheinlichkeit lange Zeit arbeiten, wodurch der Sinn des Zahlungsmoratoriums, Deutschland sofortige Entlastung zu verschaffen, hinfällig würde.

Auf Grund einer juristischen Entzerrung wurde sodann Deutschland das Recht zugesprochen, allein und ohne jede Einschränkung, ohne jedes Zuspätschieben zu entscheiden, ob es von dem Recht, ein Moratorium zu beantragen, Gebrauch machen wolle oder nicht.

Die Formulierung dieser Erklärung wird auf deutscher Seite als völlig einseitig dargestellt. Deutschland ist somit das an sich selbständige Recht zuerkannt worden, ohne jede Einschränkung selbständig über die Notwendigkeit eines Moratoriumsantrages zu entscheiden.

Der Ansicht behandelte sodann weiter den zwischen den Gläubigermächten und der B33 abzuschließenden Kreditvertrage.

Auf der Gegenseite wurde hierbei an Deutschland die Forderung gestellt, Deutschland möge dieses Abkommen loyal unterstützen. Dieses Ergehen wurde von Deutschland abgelehnt, da dieses Abkommen Deutschland nicht angehe.

Der unzufriedene Snowden.

Paris, 11. Januar.

Verschiedene Pariser Blätter weisen den Ausführungen des Schatzkanzlers Snowden eine besondere Bedeutung bei, die dieser zum Schluß der Debatte über die Termine der deutschen Zahlungen machte.

Nach dem „Petit Parisien“ hat Snowden sich nicht gegen, der deutschen Abordnung zund heraus zu lassen, daß

he viel zu häufig Einwendungen mache und ansehend sein anderes Ziel verfolge, als eine Befriedigung der deutschen Annuitäten zu erreichen, der er nicht zustimmen könne. Es wäre wünschenswert, die Arbeiten der Konferenz zu beilegen.

Das „Journal“ vergleicht diese Ausführungen Snowdens mit den Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten am letzten Dienstag über die „schärfere“ Art, in der die deutsche Abordnung die Arbeiten der Konferenz löse. Wir aber vergleichen sie mit dem mehr als harnadigen Verhalten desselben Snowdens auf der letzten Haager Konferenz, als er sich im Interesse seines Landes in überaus unangenehmig zeigte und mehr als einmal beinahe die Tagung zum Scheitern gebracht hätte. Allerdings war das des britischen Reiches Schatzminister Ja. Bauer, das ist auch was anderes!

Gegenüber in der Sanctionsfrage unüberbrückbar Die einseitigshändige Sitzung der fünf Gläubigermächte und Deutschlands über die Sanctionsfrage, an der von deutscher Seite nur die Minister Curtius und Wirth teilnahmen, hat zu keinem Ergebnis geführt.

Eine Einigung über die grundsätzliche Frage, was nach dem Zusammenbruch des Youngplans geschehen soll, konnte nicht gefunden werden. Die Gespräche haben sich nur



leitet die Weiterführung der direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Abordnung in der Sanctionsfrage sind bisher noch keine Dispositionen getroffen worden.

Die Großmächte verhandeln mit Ungarn.

Als Vertreter der Großmächte haben der französische Minister Loucheur, der englische Gesandte Jipps, die italienischen Sachverständigen Birelli und Suvich dem Großen Reich ein Verbot abgelehnt, woran sich eine erste amtliche Besprechung mit dem ungarischen Finanzminister Keler und Baron Karanyi schloß.

Am Sonnabend nachmittag soll die ungarische Reparationsfrage zum ersten Male in den Disputationsausschuß gelangen.

Inzwischen finden direkte Verhandlungen zwischen der ungarischen Abordnung und der Kleinen Entente statt.

Schaumburg-Lippe geht in Preußen auf.

Anschluß zum 1. April 1931 beantragt.

Waldenburg, 11. Januar.

In der letzten Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtages kam der Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit Preußen zur Verhandlung. In seiner Stellungnahme erklärte der preussische Staatsminister, daß er einen gangbaren Weg zur Klärung der Anschlußfrage nur darin liehe, wenn die Schaumburg-Lippische Landesregierung ihrerseits einen von Schaumburg-Lippischen Landtag bereits genehmigten Entwurf über den Anschluß Schaumburg-Lippes vorlege.

Die Landesregierung beantragte daher, der Landtag wolle beschließen, einen Entwurf über die Vereinigung des Freistaates Schaumburg-Lippe mit Preußen sowie der zweckmäßigen Einberufung einer Landesvertretung unter Leitung der Vorsitzenden des Paragrafen 57 der Verfa-

lung des Landes Zustimmung zu erteilen und damit der Landesregierung die Möglichkeit geben, den vom Landtag genehmigten Vertrag über die Vereinigung Schaumburg-Lippes mit Preußen mit der preussischen Staatsregierung rechtsverbindlich abzuschließen. Der Anschluß soll mit Geltung vom 1. April 1931 erfolgen. Der Landtag beschloß nach eingehender Beratung, den Vertrag dem Ausschuss zu überweisen, der sich aus allen Mitgliedern des Landtags zusammensetzt.

Zur Curtius-Rede im Haag.

Geringe Hoffnungen.

Haag, 12. Januar.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf dem Frühstück der Völkerverbandsjournalisten wird in Konferenzkreisen viel erörtert. Man betont, daß das die einzige politische Rede gewesen sei, die auf dem Frühstück gehalten wurde.

Dr. Curtius, der zum ersten Mal vor einem derartigen internationalen Forum sprach, hat, wie allgemein bemerkt wurde, besonderen Wert darauf gelegt, sich nicht den all-gemein üblichen Redewendungen über Völkerverbund und Völkervereinigung anzupassen, sondern er hat eindeutig darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in einer besonderen Lage befinde, und daß an Deutschland Forderungen auf Übernahmung der gesamten Zahlungsverpflichtungen der Welt gestellt würden. Ferner hat Dr. Curtius ungewöhnlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich nur nicht auf dieser Konferenz in einer besonderen Lage befinde, sondern auch an dem Tage der Ausprache — dem zehnten Jahrestage des Ausbruchs des Weltkrieges.

Allgemein bemerkt wurde neben diesem, den deutschen Standpunkt wenn auch in diplomatischer Form, so doch eindeutig kennzeichnenden Hinweis, daß Curtius ausdrücklich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung betonte, mit den übrigen Mächten im Völkerverbund mitzuarbeiten.

Montag Zusammentritt des Ausschusses für die B33. Der Zusammentritt des Badener Ausschusses für die B33, in nun endgültig für Montag erfolgt worden. Es handelt sich über die Gegenseite auf Grund eines Neupost eingegangenen Telegramms, die erste Bestätigung, daß der Präsident des Ausschusses, der Amerikaner Reynold, erst am Mittwoch hier eintreffen und dadurch eine unerwartete Verzögerung der geläufigen Verhandlungen herbeiführt werden würde.

Nach einem loben eingetroffenen neuen Telegramm ist jedoch nach Zusammentritt des Ausschusses für Montag als gesichert anzunehmen. In den Verhandlungen wird auch Reichsamtpräsident Schadt teilnehmen.

Die Frage der Mobilisierung der deutschen Young-Annuitäten ist bisher noch nicht zur Erörterung gelangt, wird jedoch in den Beratungen des Badener Ausschusses von französischer Seite zur Erörterung gestellt werden. Die französische Abordnung hat der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß sie einen Vorschlag für die Mobilisierung der deutschen Annuitäten, vor allen Dingen der ersten Tranche, ihr zugehen lassen werde.

Briand reist mit Henderson nach Genf.

Paris, 12. Januar.

Außenminister Briand ist in Paris eingetroffen, von wo er sich nach Genf zur Völkerverbandsversammlung begeben wird. Auch der englische Außenminister Henderson wird hier erwartet. Er dürfte eine Reise nach Genf gemeinsam mit Briand fortsetzen. Henderson wird an den Beratungen des Völkerverbundes Montag und Dienstag teilnehmen und in der Frage der ungarischen Opantien Bericht erstatten. Dienstag abend bereits wird er seine Mitarbeiter nach London antreten.

Curtius fährt nicht nach Genf.

Berufshörung der Gegenseite.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat keine Reise nach Genf aufgegeben. Als Begründung wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen in den letzten Stunden sowohl in der Sanctionsfrage als auch in der reparationspolitischen Fragen sich derzeit zuspitzen hätten, daß eine Abwesenheit des Reichsaussenministers vom Haag nicht möglich erscheine.

Die von englischen Schatzkanzler geforderte Einigung in den reparationspolitischen Fragen konnte nicht erzielt werden.

Die Diskussionen sehen vielmehr, wie betont wird, von neuem außerordentlich scharf einander gegenüber. Staatssekretär von Schubert reist nach Genf und wird Deutschland im Völkerverbund vertreten.

Französische Lesart des deutschen Standpunktes.

Nach einer allgemeinen Sitzung der deutschen Abordnung sind die vier Staatsminister sowie die Staatssekretäre von Schubert und Pänder und Ministerialdirektor Gauß zu einer Beratung zusammengetreten, in der der deutsche Standpunkt in der Sanctionsfrage erörtert und über die endgültige Stellungnahme und Antwort auf den französischen Vorschlag beraten wurde. Mitteilungen über den Verlauf dieser Besprechungen wurden nicht gemacht.

Von auf unternahm die französische Seite verleiht, daß in der Unterredung zwischen Curtius und Landeis von deutscher